

Bereich: Hilfen zur Erziehung / Jugendarbeit
Az: 55
Datum: 25.09.2003

2003/263
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Jugendhilfeausschuss	15.10.2003	6

Betreff

Jahresbericht 2002 "Hilfen zur Erziehung"

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses % =
---	--

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss nimmt von dem Jahresbericht 2002 „Hilfen zur Erziehung“ Kenntnis.

G l ö ß

Sachverhalt

Der Bericht 2002 „Hilfen zur Erziehung“ wird in teilweise neuer Form präsentiert. Die wesentlichen Gründe hierfür sind bessere Lesbarkeit, Abkehr von der Stichtagzählung und Anpassung an das neue Datenprofil der LJÄ/NW zur Erhebung der Situation der Hilfen zur Erziehung.

Wie überall in vergleichbaren Städten ist die „klassische“ Jugendhilfe, also die „Hilfen zur Erziehung“ derzeit von sich verschlechternden Rahmenbedingungen geprägt und erfährt dadurch bzw. zudem eine ungebrochene Zugangsdyamik.

Dies hat, wie im Bericht ersichtlich, erneut zu weiteren Kosten- und Fallsteigerungen insbesondere bei den sozialpädagogischen Familienhilfen, bei den Dauerpflegen, den Erziehungsstellen und bei der Heimerziehung geführt.

Die Hoffnung, durch ein gut ausgebautes Netz an ambulanten/teilstationären Hilfen vor Ort die Kosten in der Heimerziehung wesentlich eindämmen zu können, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur bedingt erfüllen.

Andererseits, wäre vor Ort das in den vergangenen Jahren ausgebaute Jugendhilfennetz, getragen von Stadt, freien Jugendhilfeträgern und Wohlfahrtsverbänden nicht vorhanden, würden sich die Kosten für die Heimerziehung verdoppelt haben.

Vor allem ist die Verwirklichung des Grundsatzes „Vorbeugung und Vermeidung ist die beste Jugendhilfe“ noch in weiter Ferne.

Spätestens die Pisa-Studie hat bewiesen, dass es hier im internationalen Vergleich zu wenig Schule und offensichtlich dazu die strukturell falsche gibt. Es lässt sich fallanalytisch in Castrop-Rauxel belegen: hauptsächlicher Initiator für Jugendhilfe sind die Schulen; deswegen haben wir so viel Kinder- und Jugendhilfe.

In diesem Zusammenhang muss natürlich ebenso die Zunahme an erziehungsunfähigen sowie – unwilligen Eltern benannt werden. Immer mehr Eltern scheinen mit ihrem Erziehungsauftrag angesichts sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen schlichtweg überfordert zu sein.

Das heißt, die Jugendhilfe wird, da grundlegende positive Veränderungen in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind, noch stärker als bisher in die qualitative Verbesserung des örtlichen Jugendhilfenetzes investieren müssen. Das werden sicher sein:

- Ausbau präventiver Maßnahmen wie Ganztagsbetreuung, Förder- und Lernprojekte, verstärkte Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe (siehe auch hierzu den Beschluss des Rates zur Konsolidierung: „Keine Reduzierung der präventiven Arbeit“)
- noch stärkere Kooperation mit den Schulen durch Projekte und Förderklassen
- Förderung weiterer offener Ganztagschulen
- Steigerung der Betreuungskapazitäten der örtlichen ambulanten und teilstationären Angebote „Hilfen zur Erziehung“

- verstärkte Förderung der Kindergarten- und Grundschulkinder durch zusätzlich adäquate Angebote, wie Sprachförderung und –erziehung, Antiaggressionstraining und motorische Förderungen
- Bildungsangebote zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, die auch die richtigen Adressaten erfassen
- Überprüfung aller Aktivitäten und Einrichtungen der Gesamtjugendhilfe auf tatsächliche Wirksamkeit, zur Erreichung von Synergieeffekten und zur flexibleren und mehr leistungsorientierten Ausrichtung

Hierzu wird die Fachverwaltung bis zum Frühjahr 2004 ein Konzept für den Jugendhilfeausschuss erarbeiten, wozu sie auch bereits durch Beschluss vom 10.07.03 des Betriebsausschusses II beauftragt wurde.

Zusätzlich wird sich der Bereich 55 „Hilfen zur Erziehung“ ab Oktober 2003 an einem überörtlichen Benchmarking-Prozess für die Hilfen zur Erziehung beteiligen. Es handelt sich hierbei zunächst um einen Kennzahlenvergleich mit zwölf weiteren Städten aus NRW. Koordiniert wird dieser Prozess durch die Firma Con_sens aus Hamburg. Mit konkreten Ergebnissen ist allerdings vor 2005 nicht zu rechnen.